

Neues-Zeitung

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like Brot, Milch, Eier, etc.

Table titled 'Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle'. Lists prices for various meats and goods.

Table titled 'Zug und Verlag: Rudolf W. Wolff, Berlin'. Lists subscription rates and contact information.

Baldwins Rede in der Guildhall

Friedensverträge und Dawes-Plan als Basis der Außenpolitik - Dank an Amerika - Anerkennung für Mac Donald - Für Deutschlands Völkereinheit

London, 11. November.

Gestern Abend fand das große Guildhall-Bankett statt, auf dem Premierminister Baldwin seine mit großem Interesse erwartete Rede hielt.

Baldwin führte in a. folgendes aus: Bei den Wahlen habe das Land sich für einen Fortschritt und nicht für Stillstand ausgesprochen und habe sich in entscheidender Weise gegen eine Widerheitsregierung erklärt.

bedürftig, noch einmal unterzucht, und das Genter Protokoll werde in einer Beratung mit den Deutschen geprüft werden. Zum Schluss erklärte Baldwin, die Regierung werde eine fortschrittliche innere Politik führen, um die sozialen Bedingungen der Massen zu verbessern.

Bridgeman betonte in seiner Rede, die britische Flotte diene nicht der Eroberungslust, sondern besaße lediglich den Schutz des britischen Lebenserbes, von dem Kontons Leben abhängt, und bedeute zugleich die billige Sicherung des Weltfriedens.

Worthington Evans erklärte namens der britischen Landstreitkräfte, das Meer sei ein Verhältnis zu dem ihm obliegenden Pflichten und müsse daher tüchtig sein, gut ausgerüstet und beweglich, damit es an jedem Ort der bedrohlichen Unternehmung des Meeres auf und mit der Arbeit der Götter, alles Mögliche zu tun, um den Eintritt in die Territorialarmee populär zu machen.

Parlamentsöffnung erst am 2. Dezember. Offiziell wird mitgeteilt, daß das englische Parlament am 2. Dezember einberufen werden wird, auftritt, wie bisher verläuft, zum 18. November.

Die Reden Asquiths und Lloyd Georges. London, 11. November. (W. Z. B.)

Asquith hielt heute im Reformclub seine Rede über die Zukunft der liberalen Partei. Er sagte, es sei zwecklos, den Inhalt und die Bedeutung des Rückfahrses bei den letzten Wahlen zu bemängeln. Es sei jedoch falsch, von einer dauernden Verdrängung des Liberalismus aus politischem Gesichtspunkt zu sprechen.

Nach Asquith sprach Lloyd George, der nicht, wie Asquith, bei den letzten Wahlen geschlagen worden ist. Er erklärte, von der Zählung der kleinen Gruppe, die den letzten Konflikt überlebte, und die den Kampf für den Liberalismus im Unterhause weiterführen werde, werde viel abhängen.

Zu dieser Politik keine Politik der Agitation, nicht aus der von der letzten unpolitischen Regierung unternehmenen Wägen hervor, die in jeder Linie zum Dawes-Vertrag und zur Londoner Konferenz geführt hat, welche sich unter der geschickten Leitung Mac Donalds als so erfolgreich erwies.

Die Konferenz war nicht nur wertvoll in sich selbst, sondern sie hatte auch einen besonderen Charakter, da sie den Wiederantritt der Vereinigten Staaten in die europäischen Angelegenheiten bedeutete.

Baldwin erklärte, die Regierung würde voll und ganz in den Händen der Handlungsmittel der Amerikaner, die den europäischen Angelegenheiten schwierig gelagerte Probleme aber nicht unähnlich der Ansbart für die führende Rolle zum Ausdruck zu bringen, die die Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen spielten, die in dem Londoner Protokoll ihre Krönung fanden, was jetzt auf guten Wege sei, durchgeführt zu werden.

Die Regierung habe das volle Vertrauen, daß das Londoner Abkommen Deutschland in den Landfrieden werde, ein Faktor des Fortschritts und der Stabilität in Europa zu werden, aber die Verwirklichung dieser Hoffnung hänge von dem deutschen Volk selbst ab. Eine neue Gelegenheit biete sich den Deutschen, wenn sie genehmigt ihre Verantwortlichkeiten und sich allen Verbindungen einer Umgestaltung ihrer Verpflichtungen unterwerfen.

Die Regierung beabsichtigt den Vorstoß, daß Deutschland in den Völkereinheit einträte, als in einer Form, die mit seiner eigenen Würde und seinen Verpflichtungen vereinbar sei, und sie habe das Vertrauen, daß die Zulassung Deutschlands nicht lange aufgeschoben werde.

Der Völkereid habe sich als „Kriegshaus“ für internationale Streitigkeiten wiederum in der Öffentlichkeit erwiesen. Die Regierung habe nicht die Absicht, sich in den Streit in Madrid wegen der Herrschaft über die heiligen Plätze einzumischen, noch beabsichtige sie, als Vermittler aufzutreten.

Frankreich kann Moskau nichts pumpen

„Ein Verbrechen an den eigenen Interessen“

Paris, 11. November. (Gca.) Der „Quotidien“ wehrt sich in einem Leitartikel dagegen, daß Rußland auf dem französischen Markt eine Rolle aufnehmen. Das Blatt erklärt, es sei notwendig, daß sich niemand - sowohl in Moskau wie in Paris - irgendwelche Illusionen über die Folgen der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Nationen mache.

Verbrechen an den eigenen Interessen, wenn man gestatten würde, daß diejenigen Kapitalisten, die Frankreich geliehen seien, nach Rußland wanderten.



Der Vorsitzende der Dompapitalar Reichs, der Vorsitzende der Dompapitalar Reichs, deren Verhandlungen mit dem Zentrum über einen Burgfrieden während des Wahlkampfes noch immer nicht zum Abschluß gekommen sind.

Schnelldienst

Die politischen Eifen haben im laufenden Budgetjahr ohne Befehl gearbeitet. Nach einer Werbung aus dem Süden sind Truppen des Reiches auf dem Seemarsch gegen die Stadt binnen kurzem wieder abgezogen.

Die Hypothekenaufwertung

Eine Erklärung demokratischer Abgeordneter

Die demokratischen Reichs- und Landesparlamentarier im Reichstag Potsdam II veröffentlichen folgende Erklärung: Der Hypothekengläubiger- und Sparerschliffverordnungsplan des Reichstages in unheimlicher Weise Potsdam II durch unrichtige Behauptungen in Rede und Schrift zumunehmen der Deutschen demokratischen Partei zu brechen.

Gegenüber den irreführenden Nachrichten, die der Verband über die Haltung unserer Partei und ihrer Kandidaten zur Aufwertungsfrage verbreitet, haben wir zugleich namens sämtlicher Reichstags- und Landtagsabgeordneter der Deutschen demokratischen Partei die folgende Erklärung abgegeben:

Wir bekräftigen die zahlreichen Ingerichtigkeitkeiten der dritten Steuernotverordnung gegen welche die bisherige Reichstagsopposition der Deutschen demokratischen Partei bereits vor Erlass entschiedener schriftlicher Einsprüche erhoben hat.

1. Die Anleihen des Reichs, der Länder und Gemeinden als verbindliche Rechststitel aufrecht erhalten bleiben.

2. Entgegen der dritten Steuernotverordnung - unabhängig von der Entscheidung der Reparationsverpflichtungen eine Wertung eintritt, und zwar in hoch und in hoch, wie es die finanzielle Lage der Schuldner gestattet.

3. Die Aufwertung der Forderungen der Hypothekengläubiger und Sparers im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten beschleunigt wird.

Wir werden von der Regierung verlangen, daß sie zur Durchführung unserer Forderungen Mittel aus geeigneten Einnahmequellen zur Verfügung stellt und mit unseren Vorschlägen so weit gehen, wie es ohne die Gefahr einer neuen Inflation und weiterer wirtschaftlich-schädlicher Steuer- und Mißständen möglich ist.

Charlottenburg, den 10. November 1924. Dr. Dernburg, Rudolf Otto, R. D. L., R. D. L.

Arbeiterlöhne und Beamtenbesoldung

Eine Einigung mit den Ländern

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn wird am 10. November zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich mit dem bisherigen Ergebnis der Lohnverhandlungen mit den Eisenbahnarbeitern beschäftigen soll.

In der Frage der Neuregelung der Beamtenbesoldung dürfte die Entscheidung des Reichsfinanzministeriums erst fallen, wenn vorher eine Verständigung mit den Regierungen der Länder erzielt worden ist.

Eine Wiederanbahnung für Tokio. Tokio, 10. November. Eine japanische Anwesenheit hat im Voraus Schritte unternommen, um die Bedingungen festzusetzen, unter denen er für die Rettung der Stadt Tokio eine Anzahl von 150 Mil.